Versailles berechtigt sind. Wenn sich aus diesen Abmachungen eine Frontstellung der Friedensfreunde **gegen Frankreich** ergibt, die sich übrigens über Berlin und Rom hinaus bis nach London und Neuyork erstreckt, so ist Frankreich mit seiner schroffen Abrüstungsweigerung selbst und allein daran schuld.

Weniger übersichtlich ist das Ergebnis der **wirtschaftpolitischen** Besprechungen, die einen großen Teil der deutsch-italienischen Unterhaltung bestritten haben. Auf diesem Gebiete konnte man begreiflicherweise keine festen Pläne aus den Aermeln schütteln, sondern bestenfalls die Grundlagen für spätere Vereinbarungen vorbereiten und Richtlinien dafür festlegen. Als größtes Hemmnis steht hier die unfreundliche Haltung im Wege, die Italien nach anfänglichem Zaudern dem Plan der deutsch-österreichischen Zollunion gegenüber eingenommen hat. Aber nicht, wie Frankreich, aus politischen Gründen, um jede Stärkung der deutschen Wirtschaftskraft zu verhindern, sondern weil Italien seine eigenen wirtschaftspolitischen Absichten in Südosteuropa bedroht glaubte und den Anschluß an eine Neuordnung in diesem Gebiet nicht verlieren wollte. Die Verhandlungen dürften sich darum gedreht haben, wie dieses Hindernis unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen überwunden werden kann, und man scheint eine Art **Zwischenlösung** in Aussicht genommen zu haben durch die Anregung, den deutsch-italienischen Handelsvertrag in einer Weise auszubauen, die ihn den jetzt von Italien mit Oesterreich und Ungarn abgeschlossenen Verträgen annähert. Daraus **könnte** ein System von Verträgen entstehen, die den Gedanken der Zollunion in einer erweiterten Form, unter Einschluß zunächst von Italien und Ungarn, verwirklichen. Oder auch verwässern? Man kann diese Frage nicht mit ja und nein beantworten, aber der Gedanke ist jedenfalls der Prüfung wert und würde auch dem deutsch-österreichischen Zollprotokoll insofern nicht grundsätzlich widersprechen, als dieses die Ausdehnung der Zollunion auf beitrittswillige Länder ausdrücklich vorsieht und wünscht.

Die Auswertung der politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich aus dem Besuch in Rom ergeben, hängt allerdings noch von einer anderen Voraussetzung ab, die von Deutschland zu erfüllen ist. Mussolini hat wiederholt darauf hingewiesen, wenn er sein Vertrauen zum deutschen Lebenswillen äußerte und die **Notwendigkeit der politischen und nationalen Wiedererstarkung Deutschlands** unterstrich. Anders herum ausgedrückt heißt das, daß mit einem Deutschland, das aus eigener Kraft die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwindet, die verschiedenen Probleme der Zusammenarbeit viel leichter zu lösen sind, als im Zustand gewisser politischer und finanzieller Abhängigkeiten. Oder noch deutlicher gesagt: Wir sollen uns Frankreich nicht unterwerfen, auf dem Weg der Selbsthilfe fortschreiten und durch eine entschlossene Freiheitspolitik bündnisfähiger werden. In dem Maße, in dem Deutschland selbst außenpolitische Gefahren abwendet und innenpolitische Irrwege vermeidet, wird auch die Bereitschaft Italiens wachsen, ein großes Wegstück zum neuen Europa mit Deutschland gemeinsam zu gehen, in dem sich die beiden Völker wohl fühlen können.

Minister Schiele spricht im Rundfunk

Berlin, 10. August. Am Montag sprach der **Reichsernährungsminister** im Berliner Rundfunk über aktuelle Fragen der Agrarpolitik, insbesondere über die Probleme der **Erntefinanzierung** und die auf diesem Gebiet von der Regierung eingeleiteten Hilfsmaßnahmen. Eingangs führte der Minister aus: Die Ernährung des deutschen Volkes sei unter Berücksichtigung der vergangenen schweren Jahre zu einem über alles Erwarten großen Teile **aus seiner heimischen Scholle** gesichert. Wenn die Regierung trotzdem, und zwar auf Grund der derzeitigen Devisenlage der Reichsbank zunächst eine weitgehende Auflockerung der Devisenbewirtschaftung vorgenommen habe, so habe sie doch in Erkenntnis des anhaltenden Ernstes der Situation

an das deutsche Volk die dringende Mahnung gerichtet, nur dann zur Auslandsware zu greifen, wenn der Bedarf aus eigener Produktion nicht hinreichend gedeckt werden könne.

Im Augenblick gelte es, zu verhindern, daß weitere Teile der deutschen Landwirtschaft **leistungsunfähig** werden. Die Reichsregierung habe ihrerseits die notwendigen Schritte eingeleitet, um ein Ueberangebot in der Landwirtschaft zu verhindern und auf der anderen Seite die Aufnahmefähigkeit des Marktes für das herandrängende Angebot zu verstärken. Die erste Aufgabe, einem übereilten An-den-Markt-Bringen der Ernte vorzubeugen, könne gelöst werden, wenn die Landwirtschaft keinesfalls zu **überstürzten Angstverkäufen** schritte.

Der Minister schilderte sodann die Versorgungslage bei Roggen und Weizen und legte dar, daß der Landwirt mit Zuversicht der Entwicklung an diesen Märkten entgegensehen könne, anderseits aber auch der Verbraucher keine Versorgungsschwierigkeiten zu befürchten habe.

Um durch die Verringerung des Geldbedarfes der Landwirtschaft eine **allmähliche** Verwertung der Ernte zu ermöglichen, habe sich die **Reichsbank** in Verhandlungen bereiterklärt, die von ihr rediskontierten landwirtschaftlichen Wechsel zu prolongieren. Zur Beschaffung von Geld werde dem Landwirt weiterhin die **Lombardierung** seiner Erntevorräte zu eigens hierfür verbilligten Zinssätzen dadurch ermöglicht werden, daß die **Deutsche Getreidehandelsgesellschaft** durch Notverordnung ermächtigt worden sei, indossable Lagerscheine auszustellen.

Ueber diese allgemeinen Maßnahmen hinaus wurde beim Roggen zur Ueberwindung des Gallondruckes in erster Linie eine Magazinierung von notfalls einigen hunderttausend Tonnen vorgesehen.

Die Entlastung des Roggenmarktes werde weiterhin dadurch gefördert werden, daß schon in den nächsten Tagen die Möglichkeit geschaffen werde, Roggen **auszuführen**. Die vorbezeichneten Kreditmöglichkeiten würden für die Erntebewegung erst dadurch zur vollen Auswirkung gebracht, daß es gelungen sei, mit Hilfe des Reiches und zum Teil auch der Reichsbank eine wesentliche **Zinsermäßigung** herbeizuführen. Das Reich werde sowohl die Erntebewegungskredite sowie die zur Bevorschussung und Durchführung der Lombardierung nötigen Kredite aus eigenen Mitteln für die Dauer eines Reichsbankdiskonts von 10 v. H. und darüber hinaus um 6 v. H. verbilligen.

Berliner Urteile über den Volksentscheid

Der Kampf geht weiter

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. August. Die gesamte Berliner Abendpresse befaßt sich heute in eingehenden Artikeln mit dem Ausgang des Volksentscheids. Die Stellungnahme der **Linkspresse** ist so, wie man sie erwarten mußte: Man freut sich darüber, daß nun alles beim alten bleibt, und daß zunächst weder in Preußen noch im Reich eine Neuorientierung einzutreten braucht. Die demokratische Presse ist der Meinung, daß nun „freie Bahn für die Verständigung" geschaffen sei, und gibt lange Berichte aus Paris wieder, in denen man zum Ausdruck bringt, daß der Mißerfolg des preußischen Volksentscheides den Weg zur europäischen Verständigung freimache. Es ist allerdings nicht so ohne weiteres zu erkennen, was der Ausgang des Volksentscheids mit der europäischen und insbesondere deutsch-französischen Verständigung zu tun hat, nachdem gerade die französische Regierung dem Reichskanzler Brüning vor doch nicht langer Zeit gezeigt hat, wie wenig ihr an einer wirklichen Verständigung liegt. Daß Frankreich nunmehr, nachdem der Preußische Landtag bis zum nächsten Jahre bestehen bleibt, sich gegenüber Deutschland anders einstellen wird, wird man selbst bei der Linken nicht annehmen.

In der Berliner **Rechtspresse** ist man ganz allgemein der Auffassung, daß mit dem Volksentscheid

eine Schlacht geschlagen wurde, die keine Entscheidung brachte.

Der Kampf um die Macht müsse infolgedessen notgedrungen weitergehen.

So überschreibt die „**DAZ.**" ihr Stimmungsbild „**Der Kampf geht weiter**". Wenn der volle Erfolg ausgeblieben sei, so liege das gewiß nicht an organisatorischen Mängeln und taktischem Versagen, sondern an psychologischen und wirtschaftlichen Unwägbarkeiten, die sich zugunsten der Koalition Hellmann—Heß ausgewirkt hätten, obwohl ganz bestimmt weit mehr als die Hälfte der in Preußen Stimmberechtigten nicht im Traume daran gedacht habe, diesem System ein Vertrauensvotum zu erteilen.

Der Volksentscheid als Mittel der Politik habe sich endgültig überlebt.

Alle Volksentscheide, die in der deutschen Republik bisher stattgefunden hätten, drangen nicht durch. Ihr Wert als Ventil für die Leidenschaften der Massen sei problematisch, ihr Sinn, die parlamentarischen Nachwahlen anderer Länder als Stimmungsbarometer für den psychologischen Zustand in der Nation zu ersetzen, noch niemals erfüllt worden.

Die „**Börsenzeitung**" spricht von einer **Gnadenfrist für Braun**. Der Kampf gegen den Volksentscheid sei unter Führung der preußischen Regierung mit allen Mitteln unumschränkter Polizeiherrschaft, und besonders von der der preußischen Linken nahestehenden Presse mit Beeinflussungsmethoden geführt worden, deren Gewissenlosigkeit und Unwahrhaftigkeit selbst in der Geschichte der deutschen Linkspresse fast ohnegleichen sei. Von ebenso starker Wirkung dürfte das Zusammenarbeiten **Frankreichs** mit der deutschen Linkspresse gewesen sein.

Der „**Lokal-Anzeiger**" sieht in dem Ergebnis des Volksentscheids eine

unbeirrte Fortentwicklung im Sinne nationaler Selbstbesinnung.

Daß das ziffernmäßige Ergebnis des Tages nicht ausreichte, um über eine moralische Verurteilung der Regierung Braun—Severing hinaus auch gleich **die Vollstreckung des Urteils** zu erreichen, habe schwerwiegende Gründe. Das Verfahren des Volksentscheids setze dessen Befürworter von vornherein in entscheidend schweren Nachteil dadurch, daß dieses angeblich **geheime** Verfahren in Wirklichkeit **ein öffentliches Verfahren** ist. Durch die Ausgabe ihrer Fernbleibeparole haben die Regierung und ihre Presse diesen schon in der Verfassung zugelassenen unbilligen Zustand für Hunderttausende und aber Hunderttausende von Wählern bis zur Unerträglichkeit verschärft. Dazu kam die verhängnisvolle Lähmung der nationalen Propaganda durch die Unterbindung der Pressefreiheit.

Die „**Deutsche Tageszeitung**" bezeichnet den Volksentscheid als keine zuverlässige Waffe im politischen Kampfe, vor allen Dingen kein taugliches Mittel zur Ergründung der wahren Volksmeinung. Die Parteien des Volksentscheides hätten aber keine Veranlassung, sich geschlagen zu fühlen, sie hätten auch keine Zeit, müde zu sein. Sie hätten mit dem Kampfe gegen dieses Preußen eine Aufgabe angefaßt, die, auf halbem Wege liegenzulassen, für sie selber verhängnisvoll sein müßte.

Die „**Deutsche Zeitung**" nennt das Scheitern des Volksentscheides **eine taktische Niederlage**, deren Folgen schwerer wiegen können, als jene Spießer es sich träumen ließen, die in ihrer Bequemlichkeit verharrten, weil es sich bei der erstrebten früheren Landtagsauflösung „nur um ein paar lumpige Monate" handele. Die paar lumpigen Monate können teuer zu stehen kommen.

Der nationalsozialistische „**Angriff**" sieht die politische Ueberraschung in der offenkundigen Tatsache, daß die innere

Zersetzung in den Reihen der KPD.

geradezu ungeheuerliche Ausmaße angenommen habe, denn wie anders wäre es zu erklären, daß nur winzige Bruchteile der bisherigen Anhängerschaft der Parole der Parteileitung folgten.

Besonders interessant ist der Kommentar, den das Berliner Zentrumsorgan, die „**Germania**", an den Ausgang des Volksentscheids knüpft. Nachdem schon vor einiger Zeit in Berlin verlautete, daß der preußische Ministerpräsident Braun die Absicht hätte, **die Zahl der Ministerien zu reduzieren**, schwebt man innerhalb des Zentrums offenbar in der Furcht, daß dadurch die Zahl der **vom Zentrum** besetzten Ministerposten vermindert werden könnte. Die „Germania" hält es deshalb für angebracht, die preußische Staatsregierung ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die ausgesprochenen Zentrumswahlkreise die geringste Beteiligung am Volksentscheid aufweisen. Der preußischen Sozialdemokratie und ihren Führern will man offenbar dadurch zu verstehen geben, daß die Abwehr des Volksentscheides hauptsächlich vom Zentrum getragen wurde, und daß das Zentrum daher Anspruch auf Belohnung habe. Ueberhaupt scheint die Freundschaft zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in Preußen nicht gerade herzlich zu sein, denn die „Germania" hält es für angebracht, in längeren Darlegungen der preußischen Regierung nochmals unter die Nase reiben, daß der Aufruf, den die preußische Regierung zum Volksentscheid erlassen hat, **ein Fehler** war, und daß er sogar die Grenzen der Notverordnung überschritten habe. Man fragt sich mit einigem Erstaunen, warum nun nach dem „Siege vom 9. August" die „Germania" auf den Aufruf der preußischen Regierung noch einmal zu sprechen kommt. Man vermutet aber durchaus richtig, wenn man annimmt, daß es das Zentrum für erforderlich hält, den Siegesjubel der Sozialdemokraten etwas zu dämpfen und dafür zu sorgen, daß der Einfluß des Zentrums in Preußen nicht verringert wird.

Der kommunistische Meuchelmord

Planmäßiger Abschuß der Polizeioffiziere

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. August. Der Mord an den zwei Polizeioffizieren, der in den Abendstunden des Sonntags am Bülowplatz von unbekannten Kommunisten verübt wurde, hat die politische Polizei zu umfangreichen Untersuchungen veranlaßt. Die bisherige Untersuchung hat den schon seit längerer Zeit bestehenden Verdacht, daß die zahlreichen

Feuerüberfälle auf Polizeibeamte von der gleichen bewaffneten Terrorgruppe ausgeführt

worden sind, verstärkt. Bei einem Ueberfall auf einen Polizeiwachtmeister, der in der Frankfurter Allee von den Kugeln der kommunistischen Angreifer verletzt wurde, war man bereits auf die auffallende Tatsache gestoßen, daß die Schüsse gegen den Beamten fast unter den gleichen Umständen und an der gleichen Stelle abgegeben worden waren, wie seinerzeit auf den Polizeiwachtmeister **Kuhfeld**, der vorher kommunistischen Kugeln zum Opfer fiel. Entgegen anders lautenden Berichten wird vom Polizeipräsidium festgestellt, daß die Beamten nicht etwa im Begriffe waren, gegen die Demonstranten vorzugehen, um den Bülowplatz zu räumen, sondern daß sie sich auf einem **einfachen Streifengang** befanden. Die Polizeibeamten wurden schräg von hinten niedergeschossen. Außerordentlich bemerkenswert ist die Tatsache, daß der verletzte

Hauptwachtmeister Willig, kurz bevor die Schüsse auf die beiden Offiziere und ihn abgegeben wurden, hinter sich hörte, wie die unbekannten Täter, und zwar wahrscheinlich drei Personen, genau miteinander verabredeten, wer von ihnen die einzelnen Polizeibeamten aufs Korn nehmen sollte.

Der Beamte hörte nämlich die Worte: „Du nimmst Schweinebacke (der kommunistische Spitzname für den Hauptmann Anlauf), du nimmst den Husaren (Spitzname für Willig) und du nimmst den dritten." Der dritte, nämlich Hauptmann **Lenk**, war den Kommunisten deshalb nicht bekannt, weil er nicht im eigentlichen Sicherheitsdienst der Polizei tätig war und am Sonntag nur wegen des allgemeinen Alarms auch mit im Straßendienst herangezogen wurde. Die Planmäßigkeit des kommunistischen Meuchelmords wird von der Polizei auch aus der Tatsache gefolgert, daß an einem Hause des Bülowplatzes die Worte angemalt waren: „Für jeden erschossenen Arbeiter zwei Schupos!"

Der Terrorgruppe auf der Spur

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. August. Von der Berliner politischen Polizei wird die Untersuchung nach den Tätern und der kommunistischen **Terrorgruppe**, auf deren Konto der Mord an den beiden Polizeioffizieren und die früheren Feuerüberfälle auf Polizeibeamte zweifellos zu setzen sind, mit großem Eifer fortgesetzt. Die Polizei ist inzwischen einen bedeutungsvollen Schritt vorwärtsgekommen, denn man **kennt** jetzt bereits den Aufbau der kommunistischen Terrororganisation und zum Teil auch den **Personenkreis**, der zu den Mitgliedern dieser bewaffneten und planmäßig vorgehenden Geheimtruppe gegen die Organe des Staates zu rechnen ist. Mit Rücksicht auf die Ermittlungen wird nur gesagt, daß es sich bei diesen Gruppen um Reste des **Roten Frontkämpferbundes** handelt. Man schätzt, daß diese Organisation zur Zeit in Berlin noch in einer Stärke von 800 bis 1000 Mann ein illegales Dasein führt.

In Terrorgruppen zusammengefaßt sind etwa 60 bis 90 besonders aktive Mitglieder der Organisation, die militärisch organisiert sind und aus Geheimbeständen mit Waffen und Munition versorgt werden.

Die Gesamtzahl der Verletzten bei der in der Sonntagnacht erfolgten Säuberungsaktion hat sich auf 28 erhöht, da sich nachträglich feststellen ließ, daß zahlreiche Personen auf Rettungsstellen behandelt und dann wieder nach Hause entlassen wurden. Auf Grund der Verfügung des Polizeipräsidenten über die polizeiliche Besetzung des **Karl-Liebknecht-Hauses** wurde die völlige **Räumung** des kommunistischen Hauptquartiers durchgeführt. Sämtliche Funktionäre, Angestellte und Arbeiter, die man seit der Sonntagnacht wegen der Haussuchung in dem Gebäude festgehalten und von der Außenwelt mit Rücksicht auf die Untersuchung abgeschnitten hatte, mußten das Haus verlassen und dürfen es vorläufig bis zum 20. August nicht wieder betreten. Sämtliche Türen wurden von der Polizei verschlossen, und alle Ausgänge werden von Polizeibeamten besetzt gehalten.

Grabschänder!

Berlin, 10. August. In roher Weise haben heute nachmittag bisher unbekannte Elemente den Grabhügel des am 29. Mai ds. Js. am Senefelderplatz erschossenen Polizeihauptwachtmeisters **Jänkert**, der auf dem Garnisonfriedhof beerdigt liegt, geschändet. Man fand gegen ½5 Uhr das Grab **zerwühlt** und eine Marmortafel auf dem Grabe mit der Inschrift in roter Farbe: „**Ruhe in Gott, Rotfront lebt!**" Die Marmortafel wurde sofort sichergestellt. Im Polizeipräsidium glaubt man, daß die Urheber dieses Bubenstreiches gleichfalls unter den Mitgliedern der Terrorgruppen zu suchen sind.

Die „Rote Fahne" 14 Tage verboten

Berlin, 10. Aug. Der Polizeipräsident hat die „Rote Fahne", die in ihrer heutigen Morgenausgabe die Ermordung der beiden Polizeioffiziere als Rache für den ermordeten Arbeiter Auge bezeichnet, beschlagnahmt und das Blatt auf 14 Tage verboten.

Ueberfall auf Polizisten in Dortmund

Dortmund, 10. August. Am Montagnachmittag wurden zwei Schutzpolizeibeamte, die ihren Dienst auf dem Steinplatz in Dortmund versahen, plötzlich von einem Mann mit dem Rufe: „Das ist die Rache für unseren Hunger!" von hinten überfallen. Im selben Augenblick brachte der Mann einem der Beamten, dem Polizeiobermachtmeister Olhoff, mit einem 25 Zentimeter langen Taschenmesser einen wuchtigen Stich in den Rücken bei. Der zweite Beamte wollte den Angreifer abwehren und zog sich hierbei eine Verletzung zwischen Mittel- und Zeigefinger zu. Nunmehr stürzten sich die Beamten auf den Messerhelden, der zu Boden fiel. Nur mit Mühe konnte ihm das Messer entrissen werden. Im gleichen Augenblick sammelte sich eine große Menschenmenge an, die gegen die Beamten eine drohende Haltung einnahm. Als ein dritter Polizeibeamter seinen Kollegen zu Hilfe kam, versuchte ein Mann mit dem Ruf: „Jetzt ist es Zeit, jetzt wollen wir mal die Hunde aufhängen!" die Menge aufzuhetzen. Der Beamte hatte den Schreier erkannt, holte ihn aus der Menschenmenge heraus und nahm ihn fest. Beide Aufwiegler wurden dem Polizeigefängnis zugeführt. Mit verstärkten Polizeikräften konnte die Ruhe schließlich wieder hergestellt werden.

Schweres Explosionsunglück in Göteborg

Sieben Schwerverletzte

Göteborg, 10. August. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich in einer Feuerwerkskörperfabrik, die nach mehreren Explosionen in Brand geriet. Bei den Löscharbeiten wurden sieben Feuerwehrleute schwer verletzt, drei von ihnen dürften kaum mit dem Leben davonkommen. Die Fabrik brannte vollständig nieder.